

(Die Steuervorlagen im Finanzausschuß.)

Der Finanzausschuß hat gestern, wie bereits im Abendblatte mitgeteilt, die Mineralwassersteuer und die Branntweinsteuer mit geringfügigen Aenderungen angenommen. Ferner wurde beschlossen, nach Erledigung der Tagesordnung einen Antrag über die Erhöhung des Existenzminimums bei der Einkommensteuer und über die Steuerfreiheit der Kriegsbezüge der Privatbeamten von der Besoldungssteuer in meritorische Beratung zu ziehen. Unterstaatssekretär Dr. Bed führte aus: Die Regierung lege den größten Wert auf die baldigste Verabschiedung wenigstens jener Gesetzesvorlagen, die bereits fertiggestellt und spruchreif sind. Die rasche Beendigung der legislativen Arbeit in dieser Richtung sei um so wichtiger, als die Fertigstellung der anhängigen Einnahmengesetze gewiß dazu beitragen werde, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Kraft und die Festigkeit des Staates Deutschösterreich zu stärken. Was die eingreifende Reform des ganzen Finanzwesens im allgemeinen und die Vermögensabgabe im besondern anlangt, so könne Redner die Versicherung geben, daß sich das Staatsamt der Finanzen mit größtem Eifer mit diesen Fragen befaße und daß namentlich das durch die jüngste Enquete über die Vermögensabgabe geschaffene Material einer gründlichen Verarbeitung unterzogen werde. Endgültig lösbar werden alle diese Fragen natürlich nicht früher sein, als bis die Grenzen des Staates Deutschösterreich international anerkannt sein werden. Auch der Frage der Aufteilung der Kriegsanleihen wende die Regierung ihr ernstes Augenmerk zu; hierüber seien die Verhandlungen mit den Vertretungen der andern Nationalstaaten im Zuge.